KOMMENTAR

Wie großzügig!

Von Dieter Bednarz

Millionen Iraner hoffen auf ein Ende von Isolation und Boykott, deshalb haben sie Hassan Rohani zum Präsidenten gewählt. Die Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm, die vergangene Woche in Genf stattfanden, waren daher für die Regierung des Klerikers mit dem milden Lächeln die erste große Herausforderung. Doch trotz der freundlichen Atmosphäre bei den Gesprächen dürfte nun bald Ernüchterung einsetzen: So schnell wie von den meisten Iranern erwünscht wird der Westen die schmerzlichen Sanktionen nicht aufheben.
Und auch die Diplomaten aus Europa und Amerika dürften ahnen, dass Rohani wohl nicht die erhofften großen Schritte machen kann. Er muss die Hardliner in den eigenen Reihen fürchten, die jeden Kompromiss als Verrat geißeln. Deshalb war er auf der Uno-Generalversammlung in New York nicht zu einer Begegnung mit US-Präsident Barack Obama bereit, die das Weiße Haus gern als historisch verkauft hätte, sondern nur zu einem späteren Telefongespräch. Teheran liefert nur nach Vorleistung der anderen Seite. Und daran scheint sich nichts geändert zu haben. Nach den Genfer Gesprächen verkündeten Irans Unterhändler, sie könnten sich vorstellen, „in der letzten Stufe“ der Verhandlungen unangemeldete Inspektionen durch die Internationale Atomaufsichtsbehörde zuzulassen. Wie großzügig!
Tatsächlich ist vollständige Transparenz des Nuklearprogramms Voraussetzung für die Aufhebung der Sanktionen. Das sieht nicht nur der israelische Premier Benjamin Netanjahu so, obgleich er es als Einziger deutlich sagt. Der Pragmatiker Rohani und sein weltoffener Außenminister, der ihn in Genf vertrat, sollten das wissen. Daher könnte ihre Offerte Teil des bekannten Nuklearpokers sein. Doch falls Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei, der eigentliche starke Mann in Iran, tatsächlich glaubt, er könne mit Hilfe eines geschmeidigen Rohani und halbgarer Angebote die schmerzlichen Sanktionen abschütteln, sollte er schleunigst umdenken – im Interesse seines Landes.

PAKISTAN

Tierischer Terror

Das Opferfest, höchster Feiertag für etwa 1,6 Milliarden Muslime weltweit, ist die Zeit mildtätiger Gaben. Wohlhabende ließen während der viertägigen Feierlichkeiten vorige Woche allein in Pakistan geschätzt zehn Millionen Schafe, Ziegen, Kühe und Kamele schlachten. Während das Fleisch an arme Familien verschenkt wurde, konkurrierten Hunderte Organisationen um die Felle und Häute. Die Erlöse aus dem Verkauf an die Lederindustrie, allein in Pakistan etwa 250 bis 300 Millionen Dollar jährlich, sind eine wichtige Einnahmequelle. Unter den Profiteuren sind soziale Projekte und säkulare Gruppen, aber auch extremistische Parteien wie die Jamaat-i-Islami oder die Dar al-Ulun von Deoband, die radikale Denkschule der Taliban. Selbst Hafis Said, ein mutmaßlicher Strippenzieher der Terroranschläge in Mumbai 2008, warb um Fellspenden, die Erlöse kämen Erdbebenopfern in der Provinz Belutschistan zugute. Tatsächlich unterhält Saids Organisation im Punjab für arme Dorfbewohner auch eine Krankenstation, eine Essensausgabe und sogar einen Fußballplatz für Kinder. Gleichzeitig verübt seine militante Vorgängerorganisation, die inzwischen verbotene Lashkar-i-Toiba, weiterhin Terroranschläge gegen indische Soldaten in Kaschmir.

Regierungsgegner in Athen

ORESTIS PANAGIOTOU / DPA

GRIECHENLAND

Neue Kraft von links

Erstmals seit dem Ende der Militärdiktatur 1974 hat sich eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung formiert: 58 Professoren, Schriftsteller und Schauspieler haben die „Zentrumslinke Koalition“ gegründet, die bei den Europa- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr kandidieren soll. Nikos Bistis, ehemals Vizeminister der sozialdemokratischen Pasok und einer der Initiatoren, will einen dritten Weg zwischen der radikalen Linkspartei Syriza und den regierenden Rechtskonservativen einschlagen. Sozialdemokratische Politiker und Wähler, die derzeit über verschiedene Kleinparteien verteilt sind, sollen eine neue Heimat finden. Die Plattform könnte „den Weg aus der politischen Sackgasse in Griechenland weisen“, hofft der frühere Pasok-Premier Kostas Simitis. Er gilt als Unterstützer der neuen sozial-liberalen Bewegung. Sie könnte ihm nützen, wenn er, wie es heißt, bei der Präsidentschaftswahl Anfang 2015 antritt. Derzeit liegt die einstige Volkspartei Pasok in Umfragen nur noch bei rund sechs Prozent. Auch der jetzige Pasok-Chef und Vizepremier Evangelos Venizelos soll die Gründung der Zentrumslinken begrüßen. Sozialdemokrat Bistis mahnt, griechische Politik dürfe sich nicht nur auf Pro oder Contra zu den europäischen Sparauflagen beschränken. Das Land brauche eine „neue politische Identität“.